

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 15.

Leipzig, den 11. April.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 1/2 Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, C. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Volkrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grelmann Wallstraße 10.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Der Vertrag mit Amerika. — Ein Schlaglicht auf die Irische Frage. — Weiße Sklaven. — Aus England. — Aus Amerika. — Ein Wahnruf an die Deutschen Arbeiter.

Politische Uebersicht.

Wir beginnen heute mit einem komischen Intermezzo der sonst so traurig monotonen Session des Berliner „Reichstags“. Dasselbe ist dem Grafen Bismarck geschuldet, der bei dieser Gelegenheit ein nicht zu unterschätzendes Talent für die unpolitische Bühne entwickelte. Veranlaßt durch einige Worte Baldeck's über die Abneigung der Süddeutschen, in den Nord- und einzutreten, sagte er:

„Der Herr Vorredner hat einer früheren Aeußerung von mir, daß die süddeutschen Souveräne dem Anschlusse an den Norddeutschen Bund nicht sehr geneigt wären, die Deutung gegeben, als ob die süddeutsche Bevölkerung geneigter wäre; und hat dann gefolgert, daß diese Geneigtheit wachsen würde mit einem liberaleren Regiment in Preußen; diese Voraussetzung ist aber eine irrige. Weshalb wollen denn jetzt die Süddeutschen nicht zu uns kommen? Nicht etwa weil wir nicht liberal genug sind, sondern weil wir ihnen zu liberal sind. (Allgemeines Gelächter auf der linken Seite.) Sie lachen, meine Herren, die Thatsachen sprechen aber für mich. Der liberalste Staat gerade, das Großherzogthum Baden, will sich uns anschließen; die es nicht wollen, sind die reaktionäre Partei. (Gelächter.) Die jüngsten Wahlen in Süddeutschland haben dies bewiesen. (Erneute Heiterkeit links.) Sie können sich gar nicht denken, meine Herren, mit welcher inneren Heiterkeit ich Ihre Heiterkeit erwidere, über die große Unwissenheit, die Sie dadurch zeigen in Betreff der bekanntesten Thatsachen. (Wachsende Heiterkeit.) Wenn wir aber den Süddeutschen einige Konzessionen in reaktionärer Richtung machen wollten, vielleicht durch Förderung eines Instituts von der Art, wie es jetzt in Oesterreich zum Bankens gebracht worden ist, und das wäre doch wohl eine reaktionäre Konzession, dann würden wir vielleicht dort die Majorität für den Anschluß gewinnen. (Gelächter links.) Ich lasse dabei ganz unentschieden, ob es überhaupt ein Vorzug ist, liberal zu sein. Das scheint mir aber sicher, daß Süddeutschland an Liberalismus, ich will nicht sagen um ein Menschenalter, aber doch um die Zeit seit der Juli-revolution gegen uns zurück ist. (Gelächter links; Beifall rechts.)

Von dem „Liberalismus“ des Grafen Bismarck wollen die Süddeutschen allerdings nichts wissen. Das haben die Schwaben z. B. durch die Einstimmigkeit bewiesen, mit der sie bei der letzten noch ausstehenden Zollparlamentswahl ihre Stimmen dem, nach Bismarck'schen Begriffen extrem „unliberalen“ Candidaten der Volkspartei, Freisleben, gegeben haben. Die Verstocktheit der Leute war so groß, daß die braven Nationalliberalen es unter ihrer Würde hielten, an die Wahlurne zu gehen, und unmittelbar vor dem entscheidenden Akt folgenden gefinnungstüchtigen Aufruf in die Welt schickten:

„Freunde, wir sind aus dem Wahlkampfe des 24. März mit Ehren hervorgegangen, wir danken euch von Herzen für den Eifer und Muth, womit ihre eure Schuldigkeit gethan habt. Was jedoch die Nachwahl betrifft, welche am 3. April stattfinden soll, so ermahnen wir euch aus wohlwogenern Gründen: Wäblet nicht! Unsere Gegner, Volkspartei und Ultramontane, reichen sich, durch gemeinsamen Haß verbündet, die Hände. Dadurch wird der Kampf ein so ungleicher, daß wir davon abstehe, euch neue Anstrengungen und Opfer zuzumuthen. Auch hat sich die Sachlage durch das Gesammtergebniß der Wahlen geändert. Unser Land hat in allen übrigen Kreisen undeutsch (!) gewählt. Fern bleibe uns jeder Versuch, den richtenden Eindruck dieser Thatsache nachträglich noch abzuschwächen. So möge denn beim Zollparlament Württemberg dadurch glänzen, daß es auch nicht Einen wahrhaft deutschgesinnten Vertreter dorthin zu senden mußte! Es lasse die Verantwortung für die Feindschaft wider Deutschland ungetheilt auf den Häuptern der Sieger!“
Die werden sie gern tragen.

Den Antrag auf Diäten hat der „Reichstag“ verworfen, nachdem Graf Bismarck die Frage wiederum zu einer Kabinettsfrage gemacht und die Rationalliberalen an den „Kompromiß“ erinnert hatte, den sie weiland mit dem Junkerthum abgeschlossen, und an dem nicht gerüttelt werden dürfe — oder das „große Werk“, komme in Gefahr. Natürlich wurden die Herren sofort gefügig. Zum Dank dafür war der Herr Graf in der Redefreiheitsfrage sehr gnädig. Er erklärte nämlich, in Preußen wolle er sich nach Kräften bemühen, „selbst im Widerspruch mit Allem, was er früher gesagt und gethan habe“, daß die Wünsche der Herren Lasker und Consorten erfüllt würden. Darnach ging der Antrag natürlich durch; und natürlich hängt nun der nationalliberale Himmel voller Bafgeigen. Den guten Leuten fällt nicht im Traum ein, daß, wer heute widerruft, was er gestern „gesagt und gethan hat“, auch morgen widerrufen kann, was er heute sagt und thut.

Graf Bismarck goß übrigens selbst einige Tröpfchen eiskalten Wassers auf die Begeisterung seiner Jünger, und machte ihnen in der Reichstagskommission über das Schuldenwesen ihren Standpunkt durch die trockne Bemerkung klar: „Nehmen Sie unser Bundesschuldengesetz nicht an, ohne dem Reichstage ein selbstständiges Klagrecht gegen die Beamten der Schuldenverwaltung zuzusprechen, gut, so kommt kein Schuldengesetz zu Stande und wir können dann auch keine Marineanleihe aufnehmen. Das schadet aber nichts; der Bundesrath wird auch ohne Anleihe in der Lage sein, sich die erforderlichen Mittel zu verschaffen.“ Das heißt: Wenn ihr Parlamentchen spielen wollt, dann tanzt auch hübsch nach meiner Pfeife. Wo nicht, dann thue ich ohne euch was ich will, und „nehme das Geld, wo ich's finde“.

Wie wir voraussehen, ist der Vertrag mit Amerika

von dem „Reichstag“ ohne Opposition angenommen worden. Mit besonderer Salbung redete für dieses traurige, die Freistaaten schändende Machtwort (das hoffentlich von dem Congreß noch weggefegt wird) der edle Fortschrittsheld Löwe, genannt „von Galbe“, — ein neuer Beweis, daß die preussische „Fortschrittspartei“ trotz alles Schmollens dem Bismarck'schen Cäsarismus und Militarismus in partikularistischem Großmächtschwandel servil die Schleppe trägt. Wenn indeß der Vertrag darauf berechnet war, den gesegneten „Norddeutschen“ das Auswandern zu verleiden, so ist dieser Zweck nicht erreicht worden; die Auswanderung, das muß sogar die nationalliberale „Vesperzeitung“ bekennen, nimmt immer gewaltigere Proportionen an; namentlich stellt Preußen, und zwar die alten Provinzen so gut wie die neuen, ein starkes Contingent. Diese Eine „Thatfache“ wiegt schwerer als alle Lobreden der Braun, Miquel und Consorten. Ersterem, wir meinen „unseren Braun“, ist jetzt beiläufig eine kleine Fatalität passiert. Vor einigen Tagen brachte die „Kölnische Zeitung“ einen niederträchtigen Denunziationsartikel gegen den gefangenen Trabert; die Berliner „Volkszeitung“ behauptete, Braun sei der Verfasser, worauf Braun eine lange Erklärung schrieb, in der er Alles Mögliche sagte, nur nicht, daß er jenen Artikel nicht geschrieben. Wir müssen ihn also für den Verfasser halten. Möge er sich der Freundschaft Stiebers fernerhin würdig machen! —

Vor dem „Reichstag“ befindet sich ein Gesegentwurf, der gewisse „polizeiliche Eshindernisse“ beseitigen soll, und von den Nationalliberalen als ein Wunder von Liberalismus bezeichnet wird. Die „Volkszeitung“ ist so grausam, den Leuten den Spaß zu verderben, indem sie daran erinnert, daß in Preußen auch nach Annahme jenes Gesegentwurfes die Ehe zwischen Adelligen und Nichtadelligen noch immer für Konkubinat erklärt werden kann, und daß Ehen zwischen Dissidenten und Angehörigen anerkannter christlicher Confessionen, sowie Ehen zwischen Juden und Christen, und Ehen gerichtlich geschiedener Personen noch immer verboten sind. Das gehört auch zu dem „Liberalismus“, in dem Preußen dem übrigen Deutschland voraus ist.

In Bayern an vielen Punkten thätliche Widersegllichkeit gegen die preussische Militärverordnung.

In Hessen ein militärischer Konflikt mit Preußen. Der Oberkommandant der hessischen Truppen, ein Bruder des Großherzogs, will seine Stellung nicht länger bekleiden, weil er sich einem Preussischen Offizier unterordnen soll.

Der österreichische Reichstag hat ein freisinniges Geschwornengesetz angenommen, die Aburtheilung der Pressvergehen durch Schwurgerichte beschlossen und das „interkonfessionelle Geseg“ angenommen, welches die religiöse Freiheit wesentlich begründet. Unsere Nationalliberalen, denen die „Freiheit in Oesterreich“ nicht in den Kram paßt, drücken beide Augen zu, um diese unbequemen „Thatfachen“ nicht zu sehen.

Ein Hauptfeind des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn ist soeben durch den braven ungarischen Revolutionsgeneral Perczel aus dem Weg geräumt worden: der „Gouverneur“ Kossuth. Perczel hat ihn des Landesverraths, speciell des Einverständnisses mit Rußland beschuldigt und überführt. Die Beweise finden sich beiläufig schon in dem 1860 veröffentlichten, aber von der deutschen Presse systematisch todtgeschwiegenen Schrift: Herr Vogt, von Karl Marx, die noch manches andre Erbauliche enthält. In Kossuth verliert Graf Bismarck eins seiner besten Werkzeuge.

Unter der Ueberschrift: Frieden oder Krieg? brachte vor einigen Tagen das Organ des Prinzen Plonplon, die „Opinion Nationale“, einen längeren Artikel, in welchem sie die ver-

schiednen beunruhigenden Gerüchte und Thatfachen aufzählte und die Französische Regierung auffordert, der tödtlichen Ungewißheit ein Ziel zu setzen. Die Beziehungen dieses Blattes zu der napoleonischen Dynastie legen die Vermuthung nah, daß der Artikel zur Inszenirung irgend eines überraschenden „Streiches“ bestimmt ist. Ein andres Pariser Blatt, dessen Redacteur, der vielgewandte Girardin, das Kaiserreich machen half, — die „Liberté“ — beschäftigt sich mit derselben Frage (die jetzt wohl so ziemlich jeden Menschen in Europa beschäftigt) und kommt zu dem tröstlichen Schluß: „Auf die Frage: werden wir Krieg haben? antworten die Menschen mit Nein! und die Dinge mit Ja! Werden die Dinge über die Menschen den Sieg davon tragen? oder die Menschen über die Dinge? Das Echo antwortet: Die Dinge.“

Betrachten wir die „Dinge“, welche Girardin hier im Auge hat. Abgesehen von den Kriegsvorbereitungen, die überall zu bemerken sind, ergehen sich die Vertrauten des Kaisers neuerdings in den kriegerischsten Aeußerungen. Prinz Napoleon spricht von nichts als Chassepots und deren Vorzügen vor den Zündnadelgewehren; Minister Rouher orakelt von einem „großen Schlag“, der nächstens die Welt erschauern werde; Graf Walenwost bringt Toaste die Wiederherstellung Polens aus; Niel, der Kriegsminister, wettet gegen die Preußen u. s. w. Schwerer, als diese „Worte“, wiegt die Thatfache, daß der österrische Kriegsminister Raasloff plötzlich in Paris getroffen ist und einen sehr lebhaften Verkehr mit den Französischen Staatsmännern unterhält. Die Sendung Raasloffs erlangt einen sehr ominösen Charakter durch die von allen Seiten bestätigte Nachricht, daß die Unterhandlungen der Höfe von Kopenhagen und Berlin betreffs der Abtretung Nordschleswighs ins Stocken geraten sind, und daß Dänemark die Vermittlung Frankreichs und Oesterreichs angerufen hat.

Das sind die „Dinge“, von denen die „Liberté“ spricht. Die wichtigsten „Dinge“ vergißt sie aber zu erwähnen: die steigende Aufregung in Frankreich, die revolutionären Demonstrationen in zahlreichen Städten, die um sich greifenden Arbeitseinstellungen —. Diese Symptome enthüllen einen Zustand, der die Regierung gar leicht in dem Kriege ein geringeres Wagniß erblicken lassen könnte, als in dem Frieden.

Die Arbeiterunruhen in Belgien sind beendet. Es stellt sich heraus, daß die Behauptung, die Arbeiter seien reichlich mit Geld — man munkelte von französischem Geld — und Waffen versehen gewesen, infame Tendenzlügen waren, um das Volk und die Soldaten gegen die Arbeiter aufzuheizen. Ein Berichterstatter der „Zukunft“ schreibt: „Die Arbeiter geben zu, daß die Bergwerksbesitzer bei den ungeheuren Kohlenvorräthen, für die sie jetzt keinen Absatz finden können, nicht nur die Arbeitstage vermindern müssen, sondern auch die Tagelöhne herabsetzen. Aber, wenden sie ein, die Patrone sollten dann wenigstens auch die Kohlenpreise herabsetzen und nicht die Arbeiter allein die Verluste tragen lassen. — Die Bemerkung ist unwiderlegbar. Es ist wirklich empörend zu sehen, wie jene Actiengesellschaften, welche in den letzten zwei Jahren ungeheure Dividenden an ihre Actionäre vertheilt, heute, wo eine Krise in der Metallurgie und in Folge derselben im Kohlenhandel eingetreten, gleich bei der Hand sind, einen Theil ihrer Arbeiter fortzuschicken und den Uebrigen 5 pCt. ihrer Löhnung abzu-zwachen. — Mag immerhin der gegenwärtige Strike wie so mancher andere in Blut erstickt werden, das Uebel wird immer wieder ausbrechen und man wird zuletzt zu andern Hülfsmitteln als Pulver und Blei greifen müssen.“ — Der Strike ist vorläufig in Blut erstickt und „Ruhe herrscht“ um Charleroi — bis auf Weiteres.

In Genf dauert die Arbeitseinstellung fort. Ein Bericht

schiedsrichterlicher Beilegung ist an der Unverschämtheit der Meister gescheitert, die offenbar das Einschreiten der Bundesbehörden erzwingen wollen.

Ein neues Manifest Mazzini's entrollt das Sündenregister der Italienischen Monarchie: „In Italien ist sie Sclavin des Auslandes, gleichgültig gegen die Civilisation des Landes und unfähig, sich die Herzen des Volkes zu gewinnen.“ Mazzini sieht die Republik in naher Zukunft; einen wichtigen Bundesgenossen hat er in den frischen Steuern, vor Allem der gehässigen Mahlsteuer, welche die Regierung dem schon heillos überbürdeten Volk aufgelegt hat.

In Rumänien, das sich der Segnungen hohenzollernschen Regiments erfreut, wird eine neue Judenverfolgung in Szene gesetzt. Diesmal in Form Rechtsens. Einunddreißig Hofdemokraten haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Juden den Aufenthalt auf dem Lande, in den Dörfern absolut untersagt; der Aufenthalt in Städten soll ihnen nur gestattet sein, wenn der betreffende, ausschließlich aus Christen bestehende Gemeinderath denselben von Fall zu Fall bewilligt. Der Jude, welcher diese Bedingung nicht erfüllt, wird als Bagabund behandelt und vom Bürgermeister fortgeschafft. Weder in Dörfern, noch in Städten dürfen Juden Immobilien besitzen; alle bezüglichen Käufe sind null und nichtig, der Kaufschilling ist verfallen. Kein Jude darf Grundstücke, Wirthshäuser, Mühlen, Brennereien, Brücken, Masthölle, Weingärten, Wiesen, Schäferereien pachten, Lieferungen für den Staat oder die Gemeinden erstehen. Die Behörden dürfen von einem Juden, der keinen Aufenthaltsschein besitzt, keine Gesuche entgegennehmen; Beschwerden jüdischer Associés gegen andere gläubige Gesellschafter sind nicht zu berücksichtigen. Zur Vertreibung irgend eines Handels bedarf der Jude einer besondern Bewilligung von der Gemeinde und er wird im Uebertretungsfall als Bagabund behandelt. Juden dürfen Getränke und Gewaaren nur an ihre Glaubensgenossen verkaufen; an Christen Verkaufende verlieren die Aufenthaltsbewilligung. Christen, welche Juden bei Uebertretung dieser Vorschriften Vorschub leisten, verlieren von drei bis zu zehn Jahren ihre politischen Rechte, und wenn Juden durch sie Grundbesitz erworben, so ist das Geschäft nichtig, und das Object desselben verfällt zu zwei Dritttheilen der betreffenden Gemeinde, zu einem Dritttheile dem Angeber des Falles. Der Gesetzentwurf erklärt außerdem alle jüdischen Gemeinden und Vereine für aufgelöst, und annullirt alle den vorsehenden Bestimmungen widersprechenden bisherigen Gesetze. Dieser saubere Antrag ist einer Commission zur Berichterstattung überwiesen worden, und wir zweifeln keinen Augenblick, daß die wallachische Volksvertretung trotz ihres lauten Geschreis über (erdichtete) Religionsverfolgungen — in der Türkei, ihn auch annehmen würde, wenn nicht die österreichische Regierung soeben einen energischen Protest erlassen hätte. Die Zahl der Juden in Rumänien beläuft sich auf 200,000, wovon 50,000 österreichische Unterthanen sind.

Der Parlamentarismus hat auch Egypten ergriffen. Der Vizekönig eröffnete vor Kurzem eine „Delegirtenversammlung“ mit einer Thronrede, die der des Norddeutschen Bundesoberhauptes nichts nachgab. Die glücklichen Egyptianer! Aus Brasilien kommt die Nachricht von einem „glänzenden Siege“, den die Allirten über die Paraguayiten erfochten haben wollen. Da die Brasilianer gerade mit einer neuen Anleihe auf den Europäischen Markt gekommen sind, und ihre früher erfochtenen „glänzenden Siege“ sich sämmtlich als blauer Dunst erwiesen haben, so werden wir einstweilen wohlthun, das jüngste Siegesbulletin in die Kategorie der Börsenpuffe einzureihen. Unzweifelhaft richtig ist dagegen eine andere

Nachricht aus Südamerika: Der Freibeuter Flores, Dictator von Uruguay, Creatur der brasilianischen Regierung und die Seele des Bündnisses gegen Paraguay ist in einem Volksaufstand getödtet worden; der Aufstand wurde zwar unterdrückt, allein die brasilianische Politik wird sich von diesem Schlage nicht so leicht erholen.

Bekanntlich sind die in dem neuen Sächsischen Vergesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter nach jeder Richtung hin ungenügend. Durch verschiedene Unglücksfälle, die sich neuerdings in Gruben zugetragen haben, und durch allerlei bedenkliche Nachrichten über den Zustand verschiedener Kohlengrubenschächte, ist die Regierung endlich nachträglich zu der Ueberzeugung gedrängt worden, daß etwas mehr geschehen muß; und sie hat soeben durch das königliche Oberbergamt nachstehende Vorschriften in Betreff der Ueberwachung und baulichen Unterhaltung der Schächte in Steinkohlengruben veröffentlicht lassen: „Die Besitzer haben jeden Schacht allwöchentlich wenigstens Einmal genau untersuchen zu lassen, und zwar durch dazu geeignete Aufsichtsbeamte, oder durch dazu auszuwählende, besonders tüchtige und zuverlässige Zimmerlinge. Die Untersuchung hat sich über alle Abtheilungen des Schachtes zu erstrecken, und zwar sowohl auf die Beschaffenheit des gesammten, zur Verwahrung der Schachtstöße, wie zur Fahrungs-, Förderungs-, Wetterlosungs-, Wasserlosungs- und zu sonstigen Zwecken dienenden Aus- und Einbaues jeder Art, als auch auf die Beschaffenheit der etwa unverbauten Gebirgsstöße. Ueber die Schacht-Untersuchungen ist ein Journal zu halten, welches dem Kohlenwerksinspektor auf Verlangen jederzeit vorzulegen ist.“

Wenn obige Bestimmungen genau eingehalten werden, d. h. wenn die betreffenden Aufsichtsbeamten und Inspektoren ihre Pflicht erfüllen, dann ist allerdings eine ziemlich sichere Garantie gegen Schachtbrüche geboten; aber wer bürgt dafür, daß die Beamten ihre Pflicht erfüllen? Auch die bisherigen Gesetze, so unvollkommen sie waren, hätten, wenn sie ausgeführt worden wären, Katastrophen wie die in der Neuen Fundgrube verhindert. Es giebt hier nur Ein Mittel: Die Arbeiter müssen sich selbst helfen, das heißt, eine strenge Controle über die Grubenverwaltungen ausüben und darüber wachen, daß den obigen Bestimmungen streng nachgekommen wird.

Noch ein Wort über den Vertrag des Norddeutschen Bundes mit der amerikanischen Union.

Der norddeutsche „Reichstag“ hat unsere Erwartung gerechtfertigt. Er hat den Vertrag mit den Vereinigten Staaten bezüglich der Auswanderung und des Bürgerrechts angenommen. Für die preussische Fortschrittspartei waren die Debatten in so fern von Wichtigkeit, als sie einen weitem Beweis lieferten, wie höchst nothwendig eine Säuberung und Reorganisation dieser Partei ist. Löwe „von Calbe“, der sich in seinem kürzlichen Rechenschaftsbericht an seine Wähler auf den Standpunkt der brutalen Gewalt und der Ritter vom hansenen Strick stellte, indem er erklärte: daß die Kleinsaaterei, mit welcher Manier, mit welcher Absicht, mit welchen Mitteln auch immer, aufhören, und was einmal gewonnen auch festgehalten werden müsse — hat auch die gegenwärtige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne Zeugniß von der Verkommenheit der Fortschrittspartei abzulegen. Er begrüßte den Vertrag mit Amerika

*) Von einer „Reorganisation“ dieser „Partei“ kann keine Rede sein; sie muß durch Organisation der Demokratie reorganisiert werden. (Ann. d. R.)

mit Genugthuung, weil er den Nordbund kräftige, indem er ihn mit der amerikanischen Union verbinde.

Wir wollen mit Löwe und Consorten nicht rechten. Es ist Sache der Demokratie in Preußen, einer solchen moralischen Verwilderung und Entfittlichung entgegenzutreten.

Kommen wir auf den Vertrag noch einmal zurück, so geschieht es nur, um unsere Landsleute in Amerika, die ja das „Demokratische Wochenblatt“ fleißig lesen, zur Wachsamkeit darüber aufzufordern, daß sich die Vereinigten Staaten nicht in das eigene Fleisch schneiden.

Nimmt der Congreß zu Washington den Vertrag an, so begehrt er damit eine Verletzung der Verfassung. Die Constitution der Vereinigten Staaten bestimmt, daß jeder Einwanderer fünf Jahre nach geschעהener Anmeldung Bürger der Union sei. Sie kennt keinen Unterschied in dem Bürgerrecht. Ob der Bürger von Geburt ein Chinese oder ein Preuße ist: einmal in die Union aufgenommen, hat er das gleiche Anrecht auf den Schutz der Behörden im In- und Auslande. Der erste Artikel des Vertrages aber schafft einen solchen verfassungswidrigen Unterschied, indem er bestimmt, daß Angehörige des Norddeutschen Bundes erst nach zehn Jahren Vollbürger der Union seien und erst dann auf den Schutz der amerikanischen Regierung ein Anrecht haben. Mit welchem Rechte wird der Congreß den Präsidenten Johnson verurtheilen, wenn er selbst mit der Annahme des Vertrages einen Verfassungsbruch begeht, um ein Militärsystem in Europa zu unterstützen, dessen Bankrott in jenem Vertrage erklärt ist? So vermag Rußland seine Grenzsperr im Westen nur aufrecht zu erhalten, indem es Preußen, dessen östliche Provinzen darüber zu Grunde gehen, zu einem Vertrage über die Auslieferung der Deserteure genöthigt hat. Und auch die Vereinigten Staaten beschneiden die Wurzeln ihres raschem Aufblühens, indem sie zu ähnlichen Zwecken Preußen die Hand bieten.

Die Vereinigten Staaten haben unzählige Auswanderungs-emissäre in Europa, und alle ihre Staatsmänner haben die Begünstigung der Einwanderung als eine Lebensbedingung der Union verfochten. Die Knownothings, welche einmal die Auswanderung zu erschweren und zu erschicken suchten, wurden besiegt. Die Union kann nicht zu deren Grundsätzen zurückkehren und sich selbst schwächen wollen, indem sie durch den Vertrag mit Preußen der Auswanderung aus Norddeutschland Hindernisse bereitet. Auch der Sprecher des Repräsentantenhauses in Washington, Herr Colfax, hat stets die Ansicht vertreten, daß man der Einwanderung die größten Vortheile gewähren müsse. Unsere Landsleute mögen ihn an die Rede erinnern, die er am 24. Juni 1865 zu Virginia im Staate Nevada hielt.*) Es handelte sich damals um eine Besteuerung der Goldgräberei, wodurch die Bevölkerung der Minengegenden in Aufregung versetzt war. Hr. Colfax machte darauf aufmerksam, daß es gegen die Grundsätze der Regierung sei, Rohproducte zu besteuern. Nur mit dem „König Baumwolle“ hätte man aus wichtigen Gründen eine Ausnahme gemacht. So würden auch Gold und Silber erst dann einer Steuer unterworfen werden, um die Kriegsschuld der Nation decken zu helfen, wenn sie als Waare in den Handel kämen. Statt die Goldgräberei durch Steuern zu beschränken, müßte man sie vielmehr durch ähnliche Vortheile, wie sie das Heimstättengesetz dem Ackerbau gewähre, zu ermuntern trachten. Er äußerte in Bezug auf die Einwanderung wörtlich Folgendes:

„Wir haben eine ungeheure Einwanderung von Europa. Der Krieg hat sie kaum beschränkt, selbst nicht die Drohung,

die Einwanderer zum Kriegsdienst heranzuziehen, eine Drohung, welche die Potentaten und Mächte Europas überall veröffentlichten ließen, und deren Folgen sie mit übertriebener Furchtlichkeit schilderten. Den europäischen Unterthanen wurde erzählt, daß unser Land von Bürgerkrieg zerrissen sei und der Anarchie und dem Ruin entgegengehe; daß die großen Institutionen der Freiheit Amerikas über den Haufen geworfen und wir in Folge dessen zu fortwährenden inneren Kriegen verurtheilt seien. Trotz aller dieser Unglücksprophezeiungen strömten selbst während des Krieges die Einwanderer zu Tausenden und Zehntausenden zu uns herein. Sie werden nun zu Hunderttausenden kommen. In diesem weiten Lande müssen sie sich irgend wohin wenden. Wenn sie von dem überfüllten Europa an unsere Küsten landen, so sollten sie nach diesen westlichen Gebieten angewiesen werden, welche, mit edlen Metallen angefüllt, allen Kommoditäten offen stehen. Ihre Schätze warten auf deren sammelnde Hand. Ich brauche keine beschränkende Fesseln für den Goldsucher, der seinem unsichern Gewerbe folgen will. Ich würde ihn im Gegentheil ermuntern; ich würde Andere ermuntern hierherzukommen und seinem Beispiele zu folgen, indem die Sorge trüge, die vernünftigen Anziehungsmittel zu vermehren. Und ich denke, wir besitzen in unserer Gesetzgebung einen früheren Fall (das Gesetz über die Heimstätten), welcher uns rechtfertigt, wenn wir alle diese Lande Jedem erschließen, der Lust hat hierher zu kommen, um Gold und Silber zu graben.“

Noch haben es die amerikanischen Politiker wohl nicht gelehrt, wie unsere national-liberalen „Staatsmänner“, ihre Grundsätze „realpolitisch“ in das Gesicht zu schlagen. Unsere Parteilgenossen jenseits des Oceans sind wir überzeugt, daß sie ihre volle Kraft einsetzen werden, um dem Wachstums- und Fusionschwandel endlich ein Ziel zu setzen, in welchen Karl Schurz, Hecker und Andere die Amerikaner gestürzt haben. Wenn man uns das Urtheil dieser Leute über den preußischen Eroberungskrieg von 1866 wiederholt als ein wichtiges anführt, so erwidern wir darauf, daß sie die unklaren Politiker, die sie in Europa waren, drüben in Amerika geblieben sind, und daß sie das Verständniß der deutschen Verhältnisse vollends verloren haben, ohne dafür in die principielle Wesenheit des nordamerikanischen Staates eingedrungen zu sein. Die Union beruht auf dem freisten Bestimmungsrecht des Individuums, und gerade dieses Recht ist es, welchem der von den preußischen Bayonneten aufgerichtete norddeutsche Bund den Krieg auf Tod und Leben erklärt. Der Vertrag mit Nordamerika ist auch nur ein Mittel dazu.

Ein Schlaglicht auf die Irische Frage.

(Aus dem „Kapital“ von Karl Marx.)

Irlands Bevölkerung war 1841 auf 8,222,664 Personen angewachsen, 1851 auf 6,623,982 zusammengesunken, 1861 auf 5,850,309, 1866 auf 5 1/2 Million, ungefähr auf das Niveau von 1801. Die Abnahme begann mit dem Hungerkrieg 1846, so daß Irland in weniger als 20 Jahren mehr als 1/16 seiner Volksmenge verlor*). Seine Gesamtbevölkerung von Mai 1851 bis Juli 1865 zählte 1,591,487 Personen, die Emigration während der letzten 5 Jahre 1861—1865 betrug als eine halbe Million. Die Zahl der bewohnten Häuser minderte sich von 1851—1861 um 52,990. Von 1851—1861 wuchs die Zahl der Pachtböden von 15—30 Acres auf 61,000, die der Pachtböden über 30 Acres um 109,000, während die Gesamtzahl aller Pachten um 120,000

*) Die Rede ist abgedruckt in: „Across the Continent, by Samuel Bowles.“ Wie wir hören, ist eine deutsche Bearbeitung dieses interessanten Buches durch H. Schweichel eben unter der Presse. (D. A.)

*) Bevölkerung von Irland: 1801: 5,319,867 Personen, 1811: 6,084,996, 1821: 6,869,544, 1831: 7,828,347, 1841: 8,222,664

nahm, eine Abnahme, die also ausschließlich der Vernichtung von Pachten unter 15 Acres, alias ihrer Konzentration geschuldet ist.

Die Abnahme der Volksmenge war natürlich im Großen und Ganzen von einer Abnahme der Produktenmasse begleitet. Für unseren Zweck genügt es, die 5 Jahre 1861—1865 zu betrachten, während deren über 1/2 Million emigrierte und die absolute Volkszahl um mehr als 1/3 Million sank.

Tabelle A.
Viehstand.

| Jahr. | Pferde. | | Hornvieh. | | |
|-------|-------------|----------|-------------|----------|----------|
| | Gesamtzahl. | Abnahme. | Gesamtzahl. | Abnahme. | Zunahme. |
| 1860 | 619,811 | | 3,606,374 | | |
| 1861 | 614,232 | 5,993 | 3,471,688 | 138,316 | |
| 1862 | 602,894 | 11,338 | 3,254,890 | 216,798 | |
| 1863 | 579,978 | 22,916 | 3,144,231 | 110,695 | |
| 1864 | 562,158 | 17,820 | 3,262,294 | | 118,063 |
| 1865 | 547,867 | 14,291 | 3,493,414 | | 231,120 |

| Jahr. | Schafe. | | | Schweine. | | |
|-------|-------------|----------|----------|-------------|----------|----------|
| | Gesamtzahl. | Abnahme. | Zunahme. | Gesamtzahl. | Abnahme. | Zunahme. |
| 1860 | 3,542,080 | | | 1,271,072 | | |
| 1861 | 3,556,050 | | 13,970 | 1,102,042 | 169,030 | |
| 1862 | 3,456,132 | 99,918 | | 1,154,324 | | 52,282 |
| 1863 | 3,308,204 | 147,928 | | 1,067,458 | 86,866 | |
| 1864 | 3,366,941 | | 58,737 | 1,058,480 | 8,978 | |
| 1865 | 3,688,742 | | 321,801 | 1,299,893 | | 241,413 |

Aus der vorhergehenden Tabelle ergibt sich:

| Pferde. | Hornvieh. | Schafe. | Schweine. |
|----------------------------|-----------------------------|-----------------------------|-----------------------------|
| Absolute Abnahme 72,358 | Absolute Abnahme 116,626 | Absolute Zunahme 146,608 | Absolute Zunahme 28,819* |

Tabelle C.

Zu- oder Abnahme in dem Areal des bebauten Bodens, dem Produkt per Acre, und dem Gesamtprodukt, 1865 verglichen mit 1864.

| Produkt. | Acres bebautes Land. | | Zu- oder Abnahme 1865. | Produkt per Acre. | | Zunahme und Abnahme 1865. | Totalprodukt. | | |
|---------------|----------------------|-----------|------------------------|-------------------|-------|---------------------------|---------------|-----------|----------------------------|
| | 1864. | 1865. | | 1864. | 1865. | | 1864. | 1865. | Zunahme oder Abnahme 1865. |
| Weizen | 276,483 | 266,989 | 9,494 | Str. 13.3 | 13.0 | 0.3 | 875,782 | 826,783 | 48,999 D. |
| Hafer | 1,814,886 | 1,745,228 | 69,658 | Str. 12.1 | 12.3 | 0.2 | 7,826,332 | 7,659,727 | 166,605 D. |
| Gerste | 172,700 | 177,102 | 4,402 | Str. 15.9 | 14.9 | 1.0 | 761,909 | 732,017 | 29,892 D. |
| Bere | 8,894 | 10,091 | 1,197 | Str. 16.4 | 14.8 | 1.6 | 15,160 | 13,989 | 1,171 D. |
| Roggen | | | | Str. 8.5 | 10.4 | 1.9 | 12,680 | 18,364 | 5,684 D. |
| Kartoffeln | 1,039,724 | 1,066,260 | 26,536 | Tonnen 4.1 | 3.6 | 0.5 | 4,312,388 | 3,865,990 | 446,398 T. |
| Turnips | 337,355 | 334,212 | 3,143 | Tonnen 10.3 | 9.9 | 0.4 | 3,467,659 | 3,301,683 | 165,976 T. |
| Rangelswurzel | 14,073 | 14,389 | 316 | T. 10.5 | 13.3 | 2.8 | 147,284 | 191,937 | 44,653 T. |
| Kohl | 31,821 | 33,622 | 1,801 | Tonnen 9.3 | 10.4 | 1.1 | 297,375 | 350,252 | 52,877 " |
| Flachs | 301,693 | 251,433 | 50,260 | Str. 34.2 | 25.2 | 9.0 | 64,506 | 39,561 | 24,945 T.**) |
| Heu | 1,609,569 | 1,678,493 | 68,924 | Tonnen 1.6 | 1.8 | 0.2 | 2,607,153 | 3,068,707 | 461,554 T. |

*) Das Ergebnis würde sich ungünstiger stellen wenn wir weiter zurückgingen. So Schafe 1865: 3,688,742, aber 1856: 3,694,294; Schweine 1865: 1,299,893, aber 1858: 1,409,883.

***) Die Angaben des Textes sind zusammengestellt aus dem Material der: „Agricultural Statistics, Ireland. General Abstracts Dublin“ für die Jahre 1860 sqq., und „Agricultural Statistics, Ireland. Tables showing the Estimated Average Produce etc. Dublin 1866“. Man weiß, daß diese Statistik offiziell ist und dem Parlament jährlich vorgelegt wird.

(Fortsetzung folgt.)

Wenden wir uns jetzt zum Ackerbau, der die Lebensmittel für Vieh und Mensch liefert. In der folgenden Tabelle ist Ab- oder Zunahme für das Jahr 1861 auf das Jahr 1860 berechnet, kurz für jedes einzelne Jahr mit Bezug auf das unmittelbar vorhergehende. Die Kornfrucht umfaßt Weizen, Hafer, Gerste, Bere, Roggen, Bohnen und Erbsen, die Grünfrucht Kartoffeln, Turnips, Rangel- und Runkelrübe, Kohl, gelbe Rüben, Parsnips, Wicke u. s. w.

Tabelle B.

Zu- oder Abnahme des zum Fruchtbau und als Wiese (resp. Weide) benutzten Bodenareals in Acres.

| Jahr. | Kornfrucht. | Grünfrucht. | | Grasland und Klee. | | Flachs. | | Alles zu Ackerbau u. Viehzucht dienende Land. | |
|-----------|----------------|----------------|----------|--------------------|----------|----------|----------|---|----------|
| | | Abnahme. | Zunahme. | Abnahme. | Zunahme. | Abnahme. | Zunahme. | Abnahme. | Zunahme. |
| 1861 | 15,701 | 36,974 | | 47,909 | | 19,271 | 81,873 | | |
| 1862 | 72,734 | 74,785 | | | 6,623 | 2,055 | 138,841 | | |
| 1863 | 114,719 | 19,358 | | | 7,724 | 63,922 | 92,431 | | |
| 1864 | 122,437 | 2,317 | | | 47,486 | 87,761 | | 10,405 | |
| 1865 | 72,450 | | 25,421 | | 68,970 | 50,159 | | 28,215 | |
| 1861—1865 | 428,041 Acres. | 107,984 Acres. | | | 82,534 | 122,850 | | 330,860 Acres. | |

Im Jahre 1865 kamen unter der Rubrik „Grasland“ 127,470 Acres hinzu, hauptsächlich weil das Areal unter der Rubrik „unbenutztes wüßtes Land und Bog (Sumpfland)“ um 101,543 Acres abnahm. Vergleichen wir 1865 mit 1864, so Abnahme in Kornfrucht 246,667 Drs., wovon 48,999 Weizen, 166,605 Hafer, 29,892 Gerste u. s. w., Abnahme von Kartoffelertrag, obgleich das Areal ihrer Bebauung 1865 wuchs, 446,398 Tonnen u. s. w.

Weiße Sklaven.

VII.

Zwiegespräch eines Obersteigers und Kohlenhäuers.

Schauplatz: auf dem Otto-Schachte. Zeit: einige Tage nach dem Unglücke auf Neu-Fundgrube.

Arbeiter: Aber Herr Obersteiger, wenn wir nun bedenken, daß auch wir einmal in die Lage kommen könnten, nicht wieder hinaus zu können. — Wie würde uns da zu Muthe sein?

Beamter: Das muß eine schöne Verwaltung sein, eine leichtsinnige, lüderliche Verwaltung, wo so etwas vorkommt.

Arbeiter: Aber, Herr Obersteiger, bei uns giebt es auch einen schlechten Punkt im Schachte, da wird es auch bald einbrechen.

Beamter: Was?! Sie wollen mir Vorschriften machen?!

Arbeiter: Das sind weiter keine Vorschriften; ich sage nur, bei uns wird's auch bald so werden, wie auf der Fundgrube.

Beamter: Wissen Sie was, wenn es Ihnen nicht ansteht, da können Sie zu Tage bleiben und Tagearbeit machen; von Ihnen laß ich mir keine Vorschriften machen.

Arbeiter: Das kann mir ganz gleich sein, ich verdiene im Schachte bloß Schichtlohn, das verdiene ich über Tage auch, das Del werde ich noch obendrein ersparen. Aber, Herr Obersteiger, das habe ich doch nicht böse gemeint, das müssen Sie mir nicht übel nehmen. Auf der Fundgrube wollten sich die Herren auch keine Vorschriften machen lassen, und doch wäre es besser gewesen, sie hätten sich so weit „erniedrigt“ und den Warnungen Gehör geschenkt.

Kurz nach obigem Gespräch weigerten sich die Arbeiter, wieder einzufahren, bevor nicht erst gebaut wäre. Bergverwalter Schulang forschte und ließ forschen, wer der „Aufwiegler“ sei, um Solchem seine Entlassung zukommen zu lassen; es stellte sich aber heraus, daß nicht einer oder einige, sondern Alle der Ansicht waren, nicht einzufahren, indem sie nicht lebendig wollten begraben werden. Die Verwaltung sah sich genöthigt, die Kohlenwerks-Inspection zur Begutachtung zu ziehen, welche auch sofort die Reparatur anordnete und die Arbeiter auf kurze Zeit befriedigte; aber es war noch lange nicht genügend: der Schacht ging seinem Untergang entgegen.

Trotz aller Warnungen wurde doch kein Gehör geschenkt. Ein alter Häuer betheuerte, daß der Kunstwörter B. nicht nur ein- sondern unzählige mal gesagt hätte: „Gott mag Euch behüten, daß Ihr nicht lebendig begraben werdet; habet Acht, es wird nicht lange mehr dauern, so bricht der Schacht zusammen.“ Und siehe da, es geschah in den ersten Tagen des Monats Januar. Die Arbeiter, die zum Glück nicht im Schacht waren, als er einfiel, sind nun um ihr Brod, und die Herren Aktionäre um ihr schönes Geld. Die Arbeiter, wenn auch nicht Alle, wurden Anfangs beim Einfüllen des Schachtes beschäftigt, was jedoch leider nur eine kurze Zeit anhalten konnte. Bei dem Einfüllen war auch der alte Häuer mit beschäftigt, welcher dem Beamten die „Vorschriften gemacht“ hatte. Der Häuer redete den Herrn in folgender Weise an: „Nun, Herr Obersteiger, Sie haben uns um unser Brod gebracht.“ Worauf der Herr Obersteiger erwiderte: „Ja, der Schacht war nicht zu halten, denn selbiger war in zu schlechtem Zustande.“

Die Leser mögen nun selbst entscheiden, was von so einer Verwaltung zu denken ist.

Noch eine Hauptfrage ist zu stellen. Falls der Schacht liegen bleibt und auch kein neuer wieder abgeteuft wird, was wird dann mit den alten Knappschaftsmitgliedern, welche statutengemäß in keine andere Kasse können aufgenommen werden und keine Pension erhalten können, weil sie noch arbeitsfähig und gesund sind? Obgleich sie 10 bis 11 Jahre in

die Otto-Schacht-Kasse eingesteuert, haben sie statutengemäß keine Ansprüche. O ihr guten Beamten, die ihr das Wohl der Arbeiter so gern im Munde führt, bloß euch haben wir es zu verdanken, daß wir einer so glänzenden Zukunft entgegen sehen! Wir Arbeiter aber haben nun einen neuen Beweis, wie gut es für Alle wäre, wenn eine vereinigte Kasse bestände.

Aus England.

London, den 6. April.

Aus New-York wird berichtet, daß die dortigen deutschen Arbeiter eine Union organisiert haben, deren Hauptzweck ist, die Arbeiterklasse von der politischen Vormundschaft der alten Bourgeois-Parteien zu befreien und die Arbeiter zu einer großen Arbeiter-Partei zu vereinigen. Der Korrespondent bemerkt, dieselbe sei ein Schritt in der rechten Richtung; sobald die Arbeiter im Stande seien, die Regierung zu kontrolliren, könnten alle andern Reformen schleunig durchgeführt werden. Er schmeichelt sich mit der Hoffnung, noch vor der nächsten Wahl könnte so viel gethan werden, daß die Arbeiter von New-York eine große Macht bilden und eine gewichtige Stimme für einen Arbeiter-Präsidenten in die Waagschale legen.

In Dewsbury, im Norden von England, machen die Arbeiter Vorbereitungen, einen Vertreter der Arbeit ins nächste Parlament zu wählen. In dem Kohlenminendistrikte ist überall Streit wegen Herabsetzung der Arbeitslöhne. In Yorkshires beträgt die Herabsetzung 5—7½ pCt., in Staffordshire 1 Shilling 6 Pence (14 Groschen) die Woche, in Lankashire 15 Procent. Die Kohlengräber von Lankashire waren erbötig, sich eine Herabsetzung von 10 Procent gefallen zu lassen; einige Wohnbesitzer gingen darauf ein, viele aber nicht, daher ist es vielfach zu ArbeitsEinstellungen gekommen, in deren Folge blutige Händel ausgebrochen sind. Die Kohlengräber werden allgemein als ein sehr gewaltthätiges Volk verschrien und lassen nicht mit sich spaßen. Wer sich gelüsten läßt, Arbeit in einer Grube zu nehmen, wo die gewöhnlich beschäftigten Arbeiter niedergelegt haben, setzt sich mindestens der Gefahr einer gehörigen Tracht Prügel aus. Gewöhnlich gehen diese „schwarzen Schafe“ unter Schuß der Polizei auf Arbeit. In Wigan hat eine einzige Kohlengräbergesellschaft im Verlaufe eines Monats nicht weniger als 5,220 Pfd. Sterling (35,000 Thlr.) aus ihrer Kasse bezahlt. Sie appellirt jetzt an die Arbeiter anderer Gewerbe. Eine Gewerbe-gesellschaft, die nicht wenigstens so viel Geld in Kasse hat, daß sie bei vorkommenden Arbeits-Einstellungen ihre Mitglieder auf einen Monat verproviantiren kann, erhält immer sehr kargliche Unterstützungen von andern Gewerben. Sie geräth in Verdacht sich absichtlich darauf verlassen zu haben, Anspruch auf die Ersparnisse Anderer zu machen. Das Geldentreiben für Ausstände ist gerade nicht, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, das angenehmste Geschäft. Die gewöhnliche Manier der Geldentreibung ist, daß Delegirte der Ausstehenden den übrigen Gewerbevereinen persönlich ihre Aufmerksamkeit machen und einen detaillirten Bericht über die wahre Sachlage ihres Streits vorlegen. Als Grundsatz gilt: wer Krieg führen will, muß sich rüsten, und wer nicht gerüstet ist, sollte keinen Krieg erklären. Die Punkte, über welche die Delegirten sich gewöhnlich auszuweisen haben, sind: der Betrag der ordentlichen Beiträge; der Betrag der außerordentlichen Beiträge derjenigen Mitglieder, die während des Ausstandes in Arbeit sind; der baare Kassenbestand zur Zeit, als die Einstellung der Arbeit beschlossen worden; die Anzahl der Ausstehenden; die gestellten Forderungen; was die Arbeitgeber bewilligt; was die Gesellschaft ungefähr für andere Gewerbe bei ähnlichen Fällen gethan u. s. w. Nachdem alle gestellten Fragen

beantwortet und protokolliert sind, treten die Delegirten ab, und es wird berathen, ob die Antworten befriedigend, die Forderungen recht und billig sind und der Widerstand ein gerechtfertigter. Wird die Sache günstig aufgenommen, so erfolgt Geldunterstützung.

Das sicherste Mittel, welches die Arbeiter anwenden können, um den Uebergriffen der Arbeitgeber vorzubeugen, ist Geld in der Gesellschaftskasse. Es ist Thatsache, daß die großen Gesellschaften, die in neuerer Zeit organisiert worden sind, und die Tausende in der Bank haben, selten oder nie von den Arbeitgebern beunruhigt werden. Was würde es z. B. nützen, die Mitglieder der Amalgamirten Maschinenbauer irgend einer Lokalität herauszufordern? Die Gesellschaft zählt nahe an 30,000 Mitglieder und erstreckt sich außer dem vereinigten Königreich über die britischen Kolonien und hat Zweige in Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und hat Geld. Ohne die Maschinenfabriken des britischen Reichs zu schließen, können die Arbeitgeber wenig ausrichten.

Gladstone's Resolutionen sind mit 328 gegen 272 Stimmen angenommen worden; die Ausführung ist dem neuen Parlament überlassen und sollen in der Zwischenzeit keine neuen Kirchen gebaut und keine neuen Pastoren (der Staatskirche) eingesetzt werden. Es ist wunderbar, welch umfangreiche Kenntniß von Gründen gegen die irische Staatskirche im Laufe der Debatte von Leuten enthüllt wurden, die bisher immer für das Institut gesprochen und gestimmt hatten. Gladstone gestand, daß die liberale Partei seit 30 Jahren nichts gethan habe, leugnet aber, daß dieses ein Grund sei, auch jetzt nichts zu thun, da die allgemeine Stimmung dem großen Werk günstig sei. Was er selbst früher gesagt, ist er willens zu widerrufen. Er behauptete übrigens, schon vor 25 Jahren die Ueberzeugung geäußert zu haben, daß die irische Staatskirche nicht erhalten werden könne. Auf die Frage, ob er je diese Ueberzeugung bekannt gemacht, antwortete er, er habe sie einem Wahlomitee mitgetheilt. Was die Debatte hauptsächlich charakterisirte, sind die gegenseitigen Vorwürfe. Des Pudels Kern ist nach der Ansicht der Minister die Frage: kann die gegenwärtige Wirtschaft fortgeführt werden ohne eine Kirche, die als Staatsmaschine benutzt wird?

Aus Amerika.

New-York, den 18. März.

Der Prozeß gegen den Präsidenten der Republik, den „König im Grad“, wird in dem bekannten juristischen Schneckenwege geführt. Am 13. März war die erste Sitzung des Senats als hohen Gerichtshofes unter dem Vorsitz des Obergerichters Chase, in welcher es sehr feierlich zuging. Der Angeklagte wurde laut aufgerufen, zu erscheinen und sich zu verantworten. Natürlich hatte er sich durch Anwälte vertreten lassen, welche eine möglichst lange Verschiebung durchzusetzen bestrebt waren. Doch ging der Senat auf ihre Anträge nicht ein und gestattete nur eine Frist von 8 Tagen zur Antwort auf die Anklage. Das Urtheil wird aber im günstigsten Falle vor Ende April nicht zu erwarten sein. Wie es ausfallen wird ist noch sehr zweifelhaft; denn der gesetzliche Nachfolger des abgesetzten Präsidenten, Ben Wade, der Vorsitzende des Senats, ist eine bittere Wille für die im Congreß herrschende Partei. Er gehört zu den entschiedenen Männern und würde der überwuchernden Korruption, so weit es möglich wäre, steuern, so wie dem System der Halbheit in Bezug auf den Süden ein Ende machen. Sie wissen, Wade war es, der 1867 im Westen erklärte: „Nach

Beseitigung der Sklaverei tritt die Umwandlung der Kapital- und Grund-Eigenthums-Verhältnisse auf die Tagesordnung“. Freilich soll er diesen Satz zum Theil widerrufen haben, als die Zeitungen zu großen Lärm darüber schlugen; immerhin haftet an ihm etwas, das ihn den großen Kapitalisten verdächtig macht. Jedenfalls gehört er zu den wenigen Staatsmännern der Vereinigten Staaten, die man noch für ehrlich halten kann. — Wie die herrschende Partei große Rechtsfragen behandelt, können Sie am besten daraus abnehmen, daß den Farbigen im Süden mit Hülfe der Bayonette das Stimmrecht verliehen ist, während man es ihnen in den nördlichen und westlichen Staaten verweigert. Würden die Neger im Süden daran denken, sich von der republikanischen Partei loszumachen und politisch selbstständig zu handeln, z. B. eine Neger- oder Arbeiter-Partei zu bilden, so würde man ihnen mittelst eines Geleihenheits-Gesetzes das Stimmrecht gar bald wieder fortnehmen. Vorschläge zu einem Census sind ja schon reichlich gemacht worden. In solchen Hauptfragen muß die Gesetzgebung des Gesamtstaates übereinstimmend, und die Willkür der einzelnen Staaten begrenzt sein. — Und aus welchen Beweggründen ist die Anklage gegen Johnson beschlossen worden? Aus Furcht und Partei-Spekulation. Das von Johnson so frech verletzete Aemter-Gesetz war ungerecht und innerlich unhaltbar, indem es dem höchsten Beamten des Staates das Recht entzog, Beamte zu entlassen, für welche er verantwortlich ist. Derselbe Stanton, dessen jetzige Absetzung den Congreß so erbittert hat, war es, welcher mehr als ein Anderer beim Erlaß dieses Gesetzes dem Präsidenten den Rath gab, sein Veto dagegen einzulegen. Und wenn dieser das gegen seinen Willen beschlossene Gesetz für verfassungswidrig hält, wie konnte er anders den Beweis führen, als durch Verletzung desselben? Wir stoßen hier auf einen Grundfehler der von den Amerikanern überschätzten Verfassung und müssen fragen: wie lange ist die Präsidentschaft in ihrer jetzigen Form noch haltbar? Die Beseitigung Johnsons, welche ich mit Freuden begrüßen würde, wäre ein Schritt vorwärts zur Lösung dieser Frage; sie darf aber durchaus nicht denjenigen zum Ruhme angerechnet werden, welche seine Mitschuldigen waren und seine Richter nur werden, um sich selbst zu erhalten. — Zur Beurtheilung sind $\frac{2}{3}$ der Stimmen erforderlich und der Senat besteht aus 42 Republikanern und 11 Demokraten. Johnson hat aber alle Mittel der Regierung in Händen behalten, um sie für seine Rettung zu benutzen; denn trotz der Anklage führt er seine Geschäfte als Präsident ruhig fort. Hat der Senat doch sogar einen Antrag Sumners, alle amtliche Verbindung während des Prozeßes mit ihm abzubrechen, verworfen! Würden nun gewisse Senatoren den bekannten Einflüssen, welche in Washinton thätig sind, z. B. der Versuchung eines einträglichen ihnen angebotenen Postens unzugänglich sein? Und nicht nur Johnson ist gegen eine Beurtheilung, sondern auch die Haupt-Bewerber um die Präsidentschaft, ein Grant, ein Chase. Im Mai findet die Convention statt, auf welcher die republikanische Partei ihren Kandidaten ernannt. Was für Schritte kann bis dahin der alte Wade nicht gethan haben! Wade ist den Spekulanten vielleicht noch bedenklicher als Johnson. Chase wird jetzt sogar von einem Flügel der demokratischen Partei warm befürwortet.

In einem Briefe vom 2. Januar finde ich einen Druckfehler. Die Steuer auf Whisky beträgt 2 Dollars, während der Verkaufspreis höchstens $1\frac{1}{2}$ Dollars ist. Die Veruntreuung öffentlicher Gelder überschreitet hier eben jedes denkbare Maß. Die Herabsetzung der Steuer auf $\frac{1}{2}$ Dollar ist jetzt vorgeschlagen, um eine Erhöhung der Einnahme zu erzielen.

Mahnruf an die deutschen Arbeiter!

Liebe Genossen!

Etwa 3000 unserer Brüder sind hier arbeitslos. Die meisten davon sind Familienväter; etwa 9000 Menschen ohne Verdienst und Brod.

Die längst gedrückte, traurige Lage der Bauarbeiter, Maurer, Steinhauer, Gypser, Zimmerleute, Bauschreiner, Schlosser, Spengler (Klempner) und der Handlanger, veranlaßte diese bei ihren Arbeitgebern ein Gesuch einzureichen, in dem die Arbeiter eine Aufbesserung des Arbeitslohnes durch Festsetzung von 40 bis 50 Centimes (3—4 Gr.) per Stunde und der Arbeitszeit auf 10 Stunden per Tag erbaten. Hierbei ist zu bemerken, daß die meisten dieser Gewerbe ihr eigenes Werkzeug stellen müssen. Für die Ueberstunden wurden 50 pCt., bei Arbeiten auswärts ein Zuschlag von 80 Cent., und bei auswärtigem Uebernachten 1 Fr. 25 Ct. (10 Gr.) per Tag beansprucht, welche Forderungen bei den hiesigen Verhältnissen durchaus gerechtfertigt sind. Doch dieses Gesuch scheiterte an dem Eigennutz und der Hartnäckigkeit der betreffenden Arbeitgeber und alle seit dem 19. Januar angestrebten Verständigungsversuche blieben nutzlos.

In Folge dessen übergaben genannte Arbeitergesellschaften als Sectionen der internationalen Arbeiter-Association ihre unberücksichtigte Angelegenheit dem hiesigen Central-Comité genannter Association, worin jede Section ihre Vertreter hat, zur weiteren Durchführung, in der Ueberzeugung, daß nur durch eine compacte Masse und gemeinsames Handeln ihr Recht zur Geltung kommen könne.

Das internationale Comité erließ hierauf an die während der Zeit auch zu einer Genossenschaft zusammengetretenen Arbeitgeber eine Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung und Entscheidung. Dieses im Namen von 3000 Arbeitern gestellte Gesuch wurde aber gänzlich unbeachtet gelassen; die Arbeitgeber erschienen nicht.

Hierauf erfolgte am gleichen Tage eine durch Trommelschlag anberaumte Versammlung sämtlicher Arbeiter Genossen, welche sich in geordnetem, unabschbarem Zuge und größter Ruhe nach dem Schützenhause begaben.

Nachdem in dieser Generalversammlung sämtlicher Sectionen einstimmig beschlossen wurde, die bedrängten Bauarbeiter mit allen moralischen und materiellen Mitteln in ihren gerechten Ansprüchen zu unterstützen, erklärten die Maurer, Steinhauer und Gypser ihre sofortige Arbeitseinstellung als das letzte Mittel.

Am folgenden Tage (24. März) erklärten sämtliche Arbeitgeber durch Maueranschlag: die Arbeiter sollten sich ihrem Willen unbedingt unterwerfen oder sie würden ihre Werkstätten selbst schließen.

Dies geschah, weil der Arbeiter kein Sklave ihres Willens sein wollte. Das Feiern begann.

Genossen! Ihr werdet den Wiederklang der hiesigen Vorgänge durch die Presse gelesen haben, jedoch sind die Ereignisse von einem großen Theil der Presse auf eine gemeine und böswillige Art geschildert worden, nur sehr wenige Blätter brachten einen annähernd wahrheitsgetreuen Bericht.

Brüder! Man sucht durch verschiedene Mittel und Aufreizung des Nationalgeistes zwischen den Arbeitern Spaltungen hervorzurufen, und es wurde selbst die Lächerlichkeit nicht verschmäht, die internationale Arbeitergenossenschaft als ein rothes Spinnst der Revolution hinzustellen, welches die Neutralität der Schweiz bedrohe; mit einem Worte, die sonst extremsten Parteien gehen gegen die Arbeiter Hand in Hand.

Was Ihr in der Bourgeois-Presse gelesen, ist Lüge und Verleumdung.

Wir stehen hier in zwei Lagern, auf der einen Seite die Kapitalisten von der conservativsten bis zur radicalsten Färbung, mit Vorurtheilen, auf der andern Seite die Arbeiter, fest und geschlossen wie Ein Mann mit dem Bewußtsein ihres Rechtes.

Alle Verlockungen, Drohungen und Aufreizungen sind an dem gesunden Sinne und festen Willen der Arbeiter gescheitert, ihre Antwort ist Ruhe und brüderliches Zusammenhalten.

Die Arbeiter Genossen erblicken in der Gegenseitigkeit die Solidarität und üben diese in Wahrheit. Alle in Arbeit Stehenden theilen mit den Verdienstlosen ihr Brod.

Die Arbeiter in Frankreich stehen hinter uns, besonders die von Paris. Unterstützung ist uns gekommen und auch ferner zugesagt.

Es handelt sich hier um einen entscheidenden Kampf.

Genossen des Vaterlandes! Auch Ihr werdet fühlen, daß Ihr der großen Familie der Arbeiter angehört, daß Ihr den Brüdern, die für Alle im Kampfe stehen, die Hand reichen, ihnen die Noth lindern und zum Siege verhelfen müßt.

Arbeiter, Ihr versteht uns! Laßt bei Eurer Sympathie die gute That nicht fehlen. Schnelle Hilfe ist die sicherste Garantie zum Siege.

Gefällige Geldsendungen sind zu adressiren:

Deutscher Arbeiterbildungsverein rue Guillaume Tell, 5, in Genf.

Die Empfangs-Bescheinigungen werden Euch durch unser Vereinsorgan „Felleisen“ zugehen.
Mit Brudergruß und Handschlag

Namens des deutschen Arbeiterbildungsvereins in Genf:

Der Präsident, **A. Tangermann.**

Die Kommission, **C. Hammel,**

F. Bütter.

W. Könncke.

Kannenberg.

Genf, 6. April 1868.

Verantwortlicher Redacteur: **W. Liebknecht.**
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. } Druck und Verlag: **C. W. Vollrath.**
Expedition: Windmühlenstraße 14.